

## NOCH MEHR ABKASSIEREN 2,3 Prozent mehr Geld in die Säckel der Politiker

Während die KPÖ weiter auf Bezüge Kürzungen für Politiker drängt, bekommen diese nun eine Finanzspritze. SPÖ und ÖVP verweigern die Diskussion über eine Kürzung der Bezüge für Politiker.

Politiker haben immer weniger mitzureden, wollen aber immer mehr kassieren", ärgert sich KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenecker. Er hat kein Verständnis für die Erhöhung der Politikerbezüge ab 1. Juli 2006. Die Erhöhung um 2,3 Prozent orientiert sich an der Inflationsrate für 2005, wie es das Bezügebegrenzungsgesetz 1997 fordert. Ausgangsbasis für die Berechnung ist der Bezug der Abgeordneten im Nationalrat.

Die KPÖ drängt auf geringere Bezüge. Allerdings wurde der Antrag der KPÖ auf Kürzung der Politikerbezüge um ein Drittel bereits zweimal nicht zur Behandlung im Landtag zugelassen. Die KPÖ fordert, dass sich Politikergehälter am Ausgleichszulagenrichtsatz orientieren. Wenn der höchste Politikerbezug

in der Steiermark auf das Fünzehnfache dieses Werts beschränkt wird, würden die Landespolitiker ungefähr ein Drittel weniger verdienen als bisher.

„SPÖ und ÖVP können sich dieser Diskussion nicht auf Dauer verweigern. Wer den weniger privilegierten Teilen der Bevölkerung eine Belastung nach der anderen verordnet, muss sich auch Kritik gefallen lassen. Durch die Auslagerung von Kompetenzen an die EU und durch Privatisierungen haben die Politiker immer weniger mitzureden. Trotzdem wollen sie immer mehr kassieren“, kritisiert Kaltenecker.

Die KPÖ-Mandatare verwenden den Großteil ihres Politeinkommens für Hilfe. 2005 gingen 87.000 Euro an in Not geratene Menschen.

### Was Politiker ab 1. Juli verdienen

Funktion	monatl. Bezug
Bundespräsident	22.134 Euro
Bundeskanzler	19.762 Euro
Vizekanzler mit Ressort	17.391 Euro
Nationalratspräsident	16.601 Euro
Minister	15.810 Euro
Landeshauptmann Steiermark	15.020 Euro
Landeshauptmann Stv.-Stmk	14.229 Euro
Landesräte	13.439 Euro
Volksanwalt	12.648 Euro
Präsident des Landesschulrats	7.905 Euro
Nationalratsabgeordnete	7.905 Euro
Landtagsabgeordnete Steiermark	5.138 Euro
Bürgermeister Graz	12.242 Euro
Leiter Landesrechnungshof	8.300 Euro

Die steirischen Politikerbezüge werden nach dem Landes-Bezügegesetz geregelt und liegen dezent unter den mögliche Höchstgrenzen.

### MEINUNG



Landtagsabgeordneter  
Ernest Kaltenecker

## Verkehrsverbundtarife: Kindesweglegung

Ein Fall von Kindesweglegung gibt es aus der steirischen Landespolitik zu melden: Niemand will für die mit Juli angekündigte Fahrpreiserhöhung beim Verkehrsverbund verantwortlich sein! Weiter nicht verwunderlich, schließlich ist es nicht gerade populär, wenn gerade umweltbewusste Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel schon wieder tiefer in die Tasche greifen sollen. Feinstaub hin oder Feinstaub her!

SPÖ und Grüne versuchen sich mit Anträgen im Landtag zu übertreffen, in denen die Rücknahme der beabsichtigten Preiserhöhung verlangt wird. Eine durchaus lobenswerte Sache, die leider einen großen Schönheitsfehler hat. Auf diesen stößt man, wenn man sich anschaut, wie es überhaupt zu diesem Hinaufschneiden der Preise kommen kann. Schließlich hatte das Land beim Verkehrsverbund immer ein gewichtiges Wort mitzureden.

Aber diese Möglichkeit hat sich der Landtag vor etwas mehr als einem Jahr selbst genommen.

Mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und Grünen wurde ein neuer Vertrag mit dem Verkehrsverbund beschlossen. Genau dieser ermöglichte nun den Verkehrsunternehmungen an der Tarifschraube zu drehen. Seitens der Politik zeigt man sich plötzlich überrascht, dass so etwas nun tatsächlich geschieht. Als ob man keine Ahnung habe, was in dem Vertrag steht, den man selbst beschlossen hat. So sieht eine politische Kindesweglegung aus.

In den nächsten Wochen wird es sich zeigen, wie ernst es vor allem der Landeshauptmannpartei ist, wirklich etwas gegen die Fahrpreiserhöhungen zu unternehmen. Auf eine fehlende Mehrheit im Landtag wird man sich wohl nicht ausreden können.



**Schandfleck.** Viele Häuser in der Griesgasse sind verwahrlost. Die Eigentümer üben sich in der Grundstücksspekulation und wollen so dem Altstadterhaltungsgesetz entkommen. Durch Verwahrlosung hofft man auf eine Abbruchgenehmigung wie beim Kommod-Haus. Bürgermeister Siegfried Nagl kam ja seinerzeit ins Gerede, als er marode Immobilien in der Nachbarschaft verwerten wollte, die er schließlich verkauft hat.